

SO sehen wir es

Herausgeber: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
Druck: Brühwiler AG, Horgen
Erscheint sechsmal jährlich
Preis: Einzelnummer Fr. 3.-, Jahresabonnement Fr. 12.-
Nummer 5/91 Oktober 1991

SP

Liliane Goldberger

Ich bin keine Politikerin

Zwar engagiere ich mich seit 16 Jahren im Rahmen einer politischen Partei, habe schon die verschiedensten Parteiämter übernommen und wieder abgegeben; zwar bin ich im Gemeinderat und dort in der Rechnungsprüfungskommission, was mich an vielen Abend- und manchmal sogar Ganztagsitzungen beansprucht, zwar habe ich mir als Arbeitsplatz nicht ein „unabhängiges“ Wischiwaschi-Blatt, sondern eine politisch engagierte Zeitung ausgesucht, und jetzt kandidiere ich sogar auf der Nationalratsliste - trotzdem will ich keine „Politikerin“ sein.

Jedenfalls nicht so, wie die meisten Leute sich das so vorstellen: Politik entweder als exotisches, ja schon fast masochistisches Hobby, oder Politik als brutalen Karrierejob und als Mittel, sich irgendwelche persönlichen Vorteile zu verschaffen. Für mich ist Politik nichts anderes als ein Haushalt im grösseren Massstab, an dem sich alle genauso beteiligen sollten wie am Waschen, Kochen und Aufräumen in der eigenen Wohnung.

Von klein auf an Selbständigkeit gewöhnt, mag ich nicht einfach irgendjemanden „da oben“ über (Fortsetzung auf Seite 7)



Liliane Goldberger,

40jährig, war zuerst Primarlehrerin, studierte dann als Werkstudentin an der Universität Zürich Germanistik und Geschichte und arbeitet seit acht Jahren als Redaktorin und Verlagskoordinatorin beim Zürcher „Volksrecht“. Aufgewachsen und Schulen besucht in den Kantonen Zürich, Luzern, Freiburg und Schwyz; jetzt seit 1974 zusammen mit ihrem ebenfalls politisch aktiven Lebensge-

fährten Hermann Koch „sesshaft“ in Au-Wädenswil. Engagement im Mieterverband, der Sozialdemokratischen Partei, dem Forum für Bildung, Kultur und Begegnung und der Volkshaus-Genossenschaft. Seit 1980 Mitglied des Gemeinderats und dort seit 1985 der Rechnungsprüfungskommission. Den Ausgleich zu Beruf und Politik findet sie beim Kochen, Klavierspielen, Tanzen, Feste organisieren und feiern.

Unsere besten Frauen nach Bern

...heisst der SP-Slogan auf dem grossen lila Frauenlistenplakat. Das Plakat hat ein türkisfarbenes Pendant: **Unsere besten Männer nach Bern.**

Frauenliste und Männerliste: ein basisdemokratischer Entscheid der Partei, in diesem Herbst erstmals anders als sonst in die Nationalratswahlen zu steigen. Dem Entscheid ging eine lebendige Aus-



einandersetzung auf allen Ebenen der SP Kanton Zürich voraus. Nicht von oben verordnet, sondern erstritten und durchgesetzt vor allem von den SP-Frauen.

Die Idee fand, schon letztes Jahr ausgiebig diskutiert in den Sektionen, dem kantonalen Parteivorstand und der Geschäftsleitung, eine deutliche Mehrheit vor dem Parteitag. Damit ist - nach aussen und nach innen - das Signal gesetzt: Wir wollen mehr Frauen im Nationalrat, mehr Frauen in Poli-

tik und Öffentlichkeit überhaupt. Das ist keine unverbindliche Forderung. Wir wollen die Hälfte der Sitze, die Hälfte des Sagens und der Macht, nicht nur im Himmel, sondern auch auf Erden.

Das ist von Frauenseite kein neuer Anspruch. Seit vielen Jahren fordern Feministinnen innerhalb und ausserhalb der Partei eine tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann, im Leben, nicht auf dem Papier. Immer mehr Frauen sind ungeduldig geworden, wollen nicht mehr länger warten und die zweite Geige in der Gesellschaft spielen. Der Frauenstreik am 14. Juni hat das deutlich gemacht.

Dass wir nach zehn Jahren Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung noch nicht weiter sind, ist ein Hohn, wenn auch nicht die Schuld der SP, deren Frauenanteil seit Jahren der weitaus höchste ist im Vergleich der grossen Parteien, und die sich für Gleichberechtigung seit Urzeiten einsetzt (wenigstens für meine Begriffe). Insgesamt aber sind die Frauen in Arbeitswelt, Gesellschaft und Familie noch immer in mancher Hinsicht massiv benachteiligt. Im Zeichen des Kampfes gegen diese Benachteiligung steht auch unsere Frauenliste, das heisst wir geben den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit, Frauen aktiv zu fördern, indem sie die Frauenliste einwerfen.

Das lohnt sich auch. Unsere Frauen wollen nicht nur mitreden und mitbestimmen, sie können es auch. Es sind kompetente und profilierte Politikerinnen aus allen Teilen des

Kantons, durchmischt in Alter und Zugehörigkeit zu Stadt oder Land und verschieden in ihren sachpolitischen Schwerpunkten, aber eines haben sie alle gemeinsam: das Rüstzeug für den Wahlkampf.

Um das gleich zu Beginn auch in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, hat die Geschäftsleitung bei der Wahlkampföffnung einen ersten Schwerpunkt gesetzt. An der offiziellen Pressekonferenz haben ausschliesslich Frauen teilgenommen, haben stellvertretend für die Gesamtpartei am 14. August den Startschuss abgegeben. Dabei ging es keinesfalls darum, die SP-Männer „auszulassen“, sondern es wurde betont, dass Frauen und Männer in der SP einen gemeinsamen, solidarischen Wahlkampf führen und dass namentlich auch unsere Männer für Frauenförderung sind.

Angeführt wird unsere Frauenliste von den beiden bisherigen Nationalrätinnen Barbara Haering und Ursula Leemann. Beide sind gute Beispiele dafür, wie wir uns das Politisieren von Frauen im Parlament vorstellen, nämlich die Einmischung in allen politischen Bereichen, nicht „nur“ bei den sogenannten Frauenthemen, sondern auch dort, wo man sich's von Frauen noch immer zu wenig gewohnt ist, wie zum Beispiel in Armee- und Sicherheitspolitik oder in Wirtschaftsfragen.

Natürlich meine ich damit nicht, dass die traditionell eher weiblich besetzten Inhalte wie zum Beispiel

(Fortsetzung auf Seite 6)

Eine bisherige SP-Nationalrätin

Barbara Haering Binder

Nach fünf Jahren intensiver Arbeit wird in diesem Herbst das Nationale Forschungsprogramm "Nutzung des Bodens in der Schweiz" abgeschlossen. Schluss. Punkt.

Konkrete Folgerungen aus den nun vorliegenden Forschungsergebnissen will kaum jemand ziehen. Und der Bundesrat schon gar nicht: Entgegen dem ausdrücklichen Antrag der Bundesratsparteien will CVP-Koller die Revision des Raumplanungsgesetzes wieder schubladisieren. Und das nur, weil die Vernehmlassungsantworten zum Gesetzesentwurf kontrovers ausgefallen sind. Lieber gar nichts machen, als sich an heissen boden- und raumplanungspolitischen Fragen die Finger zu verbrennen!

Doch auch das ist Politik! Alles beim alten lassen heisst nichts anderes als der Zersiedlung, dem Verschleiss von Kulturland und der Bodenspekulation im schweizerischen Mittelland weiterhin

Vorschub zu leisten. Davon besonders betroffen ist die Grossagglomeration Zürich. Denn die Frage lautet schon längst nicht mehr: Wachstum in Zürich, Bern oder Solothurn? Nein, die Bahnhofstrasse hat entschieden, dass Zürich im internationalen Wettstreit der Metropolen Frankfurt, München und Mailand mithalten muss. Der Flughafen Kloten rechnet denn auch mit einer Verdoppelung der Frequenzen bis ins Jahr 2000 und mit einer Verdreifachung bis 2010! Und die Auswirkungen dieser Entwicklung werden nicht nur im Zentrum, sondern ebenso am Agglomerationsrand zu spüren

sein - wenn wir nicht noch rechtzeitig jene Instrumente in die Hand nehmen, die diesen zumindest noch so lenken könnten, dass das Wohnen in dieser Agglomeration lebenswert und zahlbar bleibt.

Konkret heisst das:

1. Auf der Bundesebene muss ein Sachplan „Siedlung“ erarbeitet werden, der aus übergeordneter Sicht die Schwerpunkte der künf-



tigen Siedlungsentwicklung festlegt und eingrenzt.

2. Im Rahmen der anstehenden Revision des kantonalen Gesamtplans müssen die Bauzonenflächen insgesamt nochmals massiv reduziert werden.

3. Die Siedlungsentwicklung im Kanton Zürich - und dabei insbesondere auch die Wohnflächenentwicklung - muss sich im Umfeld der S-Bahn-Stationen konzentrieren. Nur so können Verkehrsemissionen reduziert werden. Nur so kann der Baulandverbrauch minimiert werden. In Gemeinden abseits der S-Bahn muss rigoros ausgezont werden.

4. Die Abschöpfung der Planungsmehrwerte darf nicht mehr länger verzögert werden. Die Gemeinden brauchen diese Gelder dringend, um aktiv günstigen Wohnraum fördern zu können; günstigen Wohnraum, der gerade durch die Boomentwicklung zerstört wird.

5. Wir brauchen eine breitere Streuung des Grundeigentums und

dabei insbesondere die Förderung des genossenschaftlichen Wohneigentums.

Eine ganze Palette dringender Forderungen! Um sie durchsetzen zu können brauchen wir nicht nur in den Gemeinden und auf Kantonsebene, sondern auch in Bern eine starke rot-grüne Vertretung!

Barbara Haering Binder

ist 38jährig und wirkt beruflich als Umweltberaterin/Raumplanerin. Gemeinsam mit ihrem Mann teilt sie sich die Berufsarbeit sowie die Betreuung ihrer 4jährigen Tochter. Sie ist Nationalrätin seit zwei Jahren.

Gedanken zur Politik

Für mich selber zu werben fällt mir gar nicht so leicht. Da kommen mir zuerst einmal ein paar unangenehme Eigenschaften in den Sinn: Aufbrausend, manchmal störrisch - es wären der schlechten noch mehr zu erwähnen. Was ich aber bestimmt auch bin: neugierig. Ich gehe in Gedanken gerne Extremen nach, und manchmal gelingt es mir hernach, irgendwo nahe der Mitte der Schaukel Platz zu nehmen, dort, wo ich ein bisschen Übersicht gewinnen kann. Ich kann Ihnen kein grosses Lösungsprogramm für die vielen anstehenden Probleme unserer Gesellschaft anbieten; ich weiss zuweilen selber weder ein noch aus. Ausserdem: Vorgefasste Lösungen lassen mich die wirklichen Probleme gar nicht mehr wahrnehmen. Sie hindern mich überdies daran, möglichst unvoreingenommen auf Menschen und Situationen zuzugehen.

Von meinem Beruf her glaube ich, dass unsere Gesellschaft den Menschen zuwenig zutraut. Viele Fähigkeiten und Fertigkeiten kommen aus den verschiedensten Gründen gar nicht zum Tragen - leider trägt auch die Schule dazu bei. Politik heisst ja die "Polis", den ehemals griechischen Stadtstaat, betreffend. Politik sollte uns alle wieder etwas angehen, aber noch wichtiger ist, dass wir uns alle von uns selber wahrgenommen fühlen. Die Politiker sollten sich wieder mehr bemühen, sich selber überflüssig werden zu lassen, weil die Menschen in kleinen Zellen für sich selber sorgen und

ihrer weniger bedürfen. Das wäre doch eigentlich Föderalismus - ich meine damit nicht Abschottung, sondern Begegnung mit anderen Menschen, die auch mündig sind und es bleiben wollen.

Der einzelne Mensch sollte möglichst wenig Entscheidungen delegieren. Ist einmal ein "Entweder-Oder-Entscheid" zu fällen, so sollte der Weg, der nicht gegangen

wird, nicht vergessen werden. Vielleicht erweist er sich später einmal als der bessere. Vielfach gibt es aber die Möglichkeit eines "sowohl als auch". Dann gäbe es noch eine Variante, die in der Schweiz verdächtig wenig gewählt wird: Wir könnten einen Weg als Versuch deklarieren und nach einer Versuchsphase neu befinden.

Von politischem Programm ist da wenig die Rede. Bis anhin habe ich die Erfahrung gemacht, dass mich Freunde in der SP am ehesten verstanden haben. Ich bin aber sicher, dass auch in anderen politischen Gruppierungen Menschen tätig sind, die ähnlich denken und füh-

len. Die Zeiten sind vorbei, da eine Gruppierung alleine eine Patentlösung vorlegen konnte.

Komisch, immer auf Wahlen hin tun doch viele so, als wäre dies möglich, und leider verfängt diese Art der Propaganda noch immer. Mündige Menschen reagieren da wohl anders. Sie sind aber auch beim Lesen dieser Zeilen vorsichtig.



Unser SP-Nationalratskandidat aus Richterswil, Angaben zur Person:

Thomas Gyr,

geboren am 10.9.1954, verheiratet.

Von Beruf Reallehrer, Heimatort Einsiedeln, in der Lokalpolitik als Mitglied der Steuerkommission von Richterswil bekannt, Mitglied von WWF und SBN.

SP
Liste 21

Mit Umweltabgaben gegen den Umweltverschleiss

Die Gleichung ist einfach: Je mehr Wohlstand - desto mehr Verbrauch von natürlichen Ressourcen. In den letzten Jahren stiegen die Umweltbelastungen und der Verbrauch der Umweltgüter Boden, Luft, Wasser, Energie, Landschaft allerdings weit überproportional zum Bevölkerungswachstum. Die Probleme daraus sind bekannt.

Einige Beispiele:

- Die Abfallmenge hat sich in den letzten 20 Jahren auf jährlich rund 400kg Siedlungsabfall pro Kopf verdoppelt.
- Der Energieverbrauch nahm in der gleichen Zeit um rund einen Drittel zu.
- Der Bestand der Personenwagen verdoppelte sich und entsprechend nahm die Zahl der gefahrenen Autokilometer zu.
- Die Grenzwerte für Stickoxide und für Ozon in der Luft werden in grossen Teilen der Schweiz dauernd überschritten - die Atemwegerkrankungen nehmen zu.

Der Staat als Reparaturoquipe

Vorsichtige Schätzungen zeigen, dass sich die Umweltschäden in der Schweiz auf 15 bis 20 Milliarden Franken pro Jahr belaufen. Dies entspricht mehr als 2000 Franken pro Kopf der Bevölkerung.

Und wer bezahlt diese Folgelasten der privaten Produktion und des privaten Konsums? Der Staat in erster Linie. Von 1960 bis 1987 stiegen die allgemeinen Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden gesamthaft um das 10-

fache - die Kosten für den Umweltschutz aber stiegen um das 62-fache!

Da in unserer freien Marktwirtschaft der Verschleiss der Umweltgüter Luft, Wasser und Boden bis heute fast gratis ist, werden die Reparaturkosten als sogenannte "soziale" Kosten der Allgemeinheit angelastet.

Mängel unserer Umweltpolitik



Mit unserer Umweltschutzgesetzgebung haben wir in den letzten Jahren sicher einiges erreicht. Doch zeigt eine kritische Analyse folgendes:

Die Umweltpolitik basiert fast ausschliesslich auf Vorschriften, Grenzwerten, Kontrollen, Überwachungen, Mahnungen, Bussen und allfälligen Gerichtsverfahren. Dieses Prozedere ist aufwendig und schwerfällig und es fehlt jeglicher Anreiz, mögliche und wirtschaftliche Verbesserungen einzuführen, die weitergehen.

Es ist offensichtlich: Unsere Ökologiepolitik stösst an ihre Grenzen, an die Grenzen ihrer Leistungsfä-

higkeit, an die Grenzen des Vollzugs, auch an die Grenzen der Akzeptanz (vgl. Kontroversen um Tempolimiten und Verkehrsberuhigung). Wenn wir die Umweltprobleme lösen wollen, müssen wir in der Politik neue Wege beschreiten.

Umweltabgaben verbinden Ökologie mit Ökonomie

Bis heute ignoriert die Marktwirt-

schaft die Kosten für den Verbrauch von Natur und Umwelt völlig - die Allgemeinheit kommt ja dafür auf! Die Marktkräfte müssen darum verstärkt in den Dienst der Umweltpolitik gestellt werden. Die geeigneten Instrumente dafür sind Umweltabgaben. Die Idee der Umweltabgaben ist einfach: Knappe Rohstoffe und Energieträger sowie umweltbelastende Verfahren und Produkte werden mit einem Preiszuschlag verteuert, damit sie sparsamer eingesetzt werden. Jedes Unternehmen ist damit gezwungen, den Verbrauch von Umweltgütern von Anfang an einzukalkulieren.

Von nötigen Schritten und spannender Politik

Ist es jetzt vorbei mit Umweltschutz, wenn fast jeden Tag von Entlassungen in den Medien zu hören ist und auch das Wachstum gegen Null geht? Ueberhaupt nicht. Was andere auch schon gesagt haben, was einzelne Unternehmen schon beweisen und uns allen einleuchtet, hat erneut eine amerikanische Studie ergeben: Eine Wirtschaft, die voll auf umweltfreundliche Produkte setzt hat nicht nur punkto Umwelt mehr Zukunft, sondern sie bleibt auch punkto Wettbewerbsfähigkeit an der Spitze. Die Blochers und Allenspachs und wie sie alle heissen, die stets die Umwelt gegen die Arbeitsplätze ausspielen wollen, werden damit ins Unrecht versetzt. Ohne Anstrengung und den Willen, auch wirklich in die richtige Richtung zu gehen, geht es nicht. Es braucht den Mut, den Schritt (oder die Schritte) zu einer umweltverträg-

lichen Wirtschaft zu tun. Mut bei den Unternehmen, Mut in der Politik, Mut auch bei Konsumentinnen und Konsumenten, beim Einkaufen an die Umwelt zu denken, sowohl bei der Menge wie bei der Qualität. Wenn alle wirklich wollen, geht es. Dazu gehört auch, jene Politikerinnen und Politiker zu wählen, die gewillt sind, etwas zu tun, z.B. den Oekobonus voranzutreiben und Umweltverschmutzer ihren Schaden selbst bezahlen zu lassen.

Was haben die Bergbauernfamilie, die um ihre Existenz bangt und die Familie, die in einer Mietwohnung lebt und machtlos den steigenden Mietzinsen gegenübersteht, gemeinsam? Beide werden von bürgerlichen Politikerinnen und Politikern mit dem Hinweis abgespiesen, man könne da nichts machen. Die GATT-Beschlüsse verlangten von uns, dass die Bau-

ern mehr dem Markt ausgeliefert würden, und damit gehe es halt noch einmal 30'000 Bauern an den Kragen. Und bei den Mieten sei ebenfalls nichts zu machen, weil der Markt die Hypothekarzinsen, und der knappe Wohnraum die Mieten in die Höhe treibe.

Dass wir so viele Bauern, wie wir für nötig halten, über Direktzahlungen, die an einen ökologisch ausgerichteten Anbau und weitere nützliche Funktionen der Bauern geknüpft sind, die Existenz sichern können, davon wollen die wackeren Bauernpolitiker der SVP nichts wissen. Das GATT erlaubt das, aber die SVP und der Bauernverband möchten lieber die Direktzahlungen auch noch den Grossen in den Geldsack stecken.

Und bei den Mieten hatte die FdP die "Glanzidee", die Marktmiete einzuführen. Statt mehr Wohnungen bauen, die Mieten verdoppeln,

(Fortsetzung von Seite 5)

Weil diese Umweltabgaben in der Hauptsache nach dem Ökobonus-Prinzip zurückerstattet werden sollen, profitieren all jene, die sich - beim Produzieren oder Konsumieren - umweltverträglich verhalten. Umweltabgaben sind darum auch sozialverträglich. Die SP fordert also mit gutem Gewissen die Vernetzung von Ökologie und Ökonomie schon lange.

Diese echte Verursacherfinanzierung politisch mehrheitsfähig zu machen, ist in den nächsten Jahren die grosse Aufgabe aller SP-Umweltpolitikerinnen und -poli-

tiker. Die wichtigsten Entscheidungen für den ökologischen Umbau der Marktwirtschaft werden in Bern gefällt. Grund genug, bei den nationalen Wahlen die Weichen richtig zu stellen!

Vreni Müller-Hemmi

ist SP-Nationalratskandidatin, Kantons- und Gemeinderätin aus Adliswil.

SP Liste 20

(Fortsetzung von Seite 2)

Erziehung, Bildung, Kinderbetreuung und Soziales keine Themen mehr sind. Nur soll es einmal mehr gesagt sein: Das sind keine Frauenthemen, sondern Menschenthemen, an denen sich auch die Männer beteiligen müssen.

Nicht nur unsere bisherigen Nationalrätinnen sind der Rede wert, auch die anderen Kandidatinnen auf der Frauenliste haben es in sich. Was mich an der Listenzusammenstellung am meisten gefreut hat, ist die Tatsache, dass letztlich viel mehr Kandidatinnen vorhanden waren als Plätze auf

Die SP-Frauenliste 20 und die SP-Männerliste 21

Die besseren Frauen und Männer für eine bessere Zukunft!

wenn das nicht ein gutes Rezept ist!

Wir wollen an verschiedenen Orten ansetzen: Damit das Geld vorhanden ist zum Bauen, soll Geld von der zweiten Säule direkt in den Wohnungsbau fließen. Mit realverzinsten Hypotheken sollten wieder mehr Private in der Lage sein, selbst Wohneigentum zu erwerben und das Bauland, das in genügender Menge vorhanden ist, soll erschlossen werden, dann wird es auch billiger. Und die Gemeinden und der Kanton sollten mit eigenen Wohnprojekten vor allem dafür sorgen, dass nicht ältere Leute in zu grossen Wohnungen bleiben müssen, weil sie keine preisgünstige kleinere finden. So würde auch wieder Wohnraum für Familien frei. Das sind nicht Patentrezepte, sondern vernünftige Schritte.

Patentrezepte gibt es sowieso nicht. Wer mit solchen hausiert, dem oder

der ist nicht zu trauen. Patentrezepte gibt es auch in der Drogen- und Asylfrage nicht. Aber es gibt Vorschläge und Ideen, die vielleicht weiter führen könnten. Der Oekonomieprofessor Henner Kleinewefers beispielsweise schlägt vor, den internationalen Drogenhandel zu unterlaufen, indem der Handel freigegeben wird. Damit würden die Preise sinken und es entstünde eine Konkurrenz. Das Resultat wäre sauberer Stoff und die tieferen Preise wären ein wirksamer Beitrag zur Reduktion der Beschaffungs-Kriminalität. Eine ungewohnte Argumentation, aber eine sehr bedenkenswerte.

Warum verwickeln wir unter hohem Aufwand jeden Asylbewerber bzw. -bewerberin in ein Asylverfahren, auch wenn er oder sie zu uns kommt, weil sie keine Existenz mehr haben in der Heimat. Warum gehen wir nicht davon aus, dass diese Leute erstens wissen,

ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder ob sie für den Aufbau einer neuen Existenz zu uns kommen.

Kommen sie, weil sie bedroht sind, dann ist das Asylverfahren richtig. Kommen sie, weil sie eine neue Existenz aufbauen wollen, ist ein Asylverfahren unsinnig. Warum bieten wir ihnen nicht Alternativen an: Asylverfahren mit Arbeitsverbot oder Arbeit für eine bestimmte Zeit mit Verpflichtung, dann wieder zu gehen? Eine ungewohnte Argumentation, aber eine bedenkenswerte.

Ich bin überzeugt, dass es für viele Fragen, die auf uns zukommen wichtig ist, Neues dazu zu denken und neue Wege auszuprobieren. So kann Politik interessant und fruchtbar werden.

Ruedi Winkler

ist Präsident der SP des Kantons Zürich und Kantonsrat. Er kandidiert für den Nationalrat.

der Liste. Dies ist ein Beweis für die Umkehrbarkeit der Feststellung, die ich am Anfang gemacht habe: Frauen können nicht nur, sie wollen auch in die Politik!

Zum Schluss ein praktischer Hinweis. Wer sich beim Wählen schwertut, welche der beiden Listen er oder sie einwerfen soll: Männer können auch auf die Frauenliste, Frauen auch auf die Männerliste gesetzt werden.

Wählt wen Ihr wollt, aber wählt Frauen!

Käthi Furrer, Vizepräsidentin der SP Kanton Zürich.

(Fortsetzung von Seite 1)

mich bestimmen lassen - Politik also als „sich Einmischen in die eingenen Angelegenheiten“. Und auch wenn es mir selber gut geht, bringe ich es nicht fertig, die Augen zu verschliessen vor all der Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Umweltzerstörung auf unserer Erde - Politik somit als kleiner Beitrag zur Erhaltung bzw. Entwicklung einer Welt, in der es Menschen und Natur wohl ist. Dabei habe ich mich nicht auf ein einziges Spezialgebiet festgelegt; Finanzpolitik, Rechts- und Planungsfragen und die Sozialversicherun-

gen interessieren mich als Mittel zum Zweck. Wichtig ist mir das Denken in Zusammenhängen und Handeln mit Weitsicht und Rücksicht auf das gesellschaftliche und ökologische Ganze.

So mache ich denn Politik - manchmal mit Lust, manchmal mit Frust, insgesamt mit Ueberzeugung -, bin aber keine Politikerin. Und ich mache sie im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei, weil ich da viele Menschen getroffen habe, die das gleiche wollen wie ich:

Leben, einzeln und frei wie ein Baum, und brüderlich wie ein Wald, - das ist unsere Sehnsucht.



► *In Europa geschieht heute, was die Schweiz im Kleinen vor 150 Jahren vollzogen hat: Es werden Grenzen abgebaut, Zölle aufgehoben, eine einheitliche Währung geschaffen und die Niederlassungsfreiheit eingeführt. Wenn sich die Schweiz weiterentwickeln will, muss sie sich Europa öffnen.* ◀

Elmar Ledergerber, 47, wohnt in Zürich. Er ist Mitinhaber und Geschäftsleiter eines renommierten Umweltberatungsbüros und vertritt Zürich seit 1987 im Nationalrat. Dort hat er sich in Energie- und Wirtschaftsfragen und in der Sicherheitspolitik einen Namen gemacht.

SP

Elmar Ledergerber in den Ständerat.

Sozialdemokratische Partei

Impressum

Redaktion: Verena Bürchler, Hans Seitz, Willy Rüegg
Gestaltung: Willy Rüegg

AZB
8820 Wädenswil